

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Reeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 123.

Mittwoch den 28. Mai 1930.

88. Jahrgang.

Deutschland

Berlin, 26. Mai. Bürgermeister Scholl hat nach Über-
nahme der Geschäfte mit seinem Stellvertreter, Herrn Stadtrat
Wundt, die Beschlüsse gegen den Stadtschulrat Kubacki
besprochen und dahin entschieden, daß sofort ein Antrag auf
Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens gegen den
Stadtschulrat Kubacki zur Klärung der gesamten Angelegenheit
dem Oberpräsidenten eingebracht werden soll.

Berlin, 27. Mai. In Berlin finden fast täglich Zusammen-
künfte zwischen rechtsradikalen und kommunistischen Kampf-
verbänden statt.

Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Polizei.

Birmensdorf, 26. Mai. Infolge der erregten Stimmung
über die sonntäglichen Vorfälle hatte sich gestern Abend vor
dem Parteifolke der Kommunisten verbotsmäßig eine größere
Menschenmenge angeammelt, die trotz wiederholter eindring-
licher Aufforderung der Polizeibeamten die Straße nicht frei-
zugeben. Die Polizei sah sich gezwungen, die Straße mit Gewalt
zu räumen, wobei aus der am Eingang des Arbeiterfänger-
heims zurückgebliebenen Menge auf die Polizei von hinten
geschossen wurde. Hierbei erlitten Polizeibeamte Verwundungen.
Außerdem auch aus den umliegenden Häusern auf die
Polizeibeamten geschossen wurde, während die Polizei namentlich
rückwärts unter Anwendung der Schusswaffe die Straßen
dieses Stadtviertels. Dabei wurden 2 Personen, eine durch
Kopfschuß, eine andere durch Anlegenschuß erheblich verletzt
und in ein Krankenhaus eingeliefert. Die verletzten Polizei-
beamten wurden in ihre Wohnungen gebracht.

Stahlbleiung in Hannover.

Hannover, 26. Mai. Im Rahmen der gestern und heute
in Hannover abgehaltenen Landesversammlungen des Stahl-
bleis fand am Sonntag nachmittag in der Stadthalle eine
große Kundgebung statt. Bundesführer Seidte, der bei seinem
Erscheinen zunächst begrüßt wurde, sagte an die Spitze seiner
Ansprüche den Sinnen, daß das Jahr 1930 anstehend
wird sehr demütig werden würde. Er führte weiter aus:
Der Aufbau des Reiches gelte jetzt der Kampf des Stahlbleis,
der das Instrument sein sollte, der Freiheit den Weg zu be-
reiten. Jenseitigkeit und Unzufriedenheit seien auch in Wieder-
hinführung, das nicht von einem roten Berlin regiert werden wolle,
vorhanden. Nicht nur Los von Preußen, sondern alle in
Deutschland gegen Preußen müsse die Lösung sein. Jedoch,
wenn jetzt ein Stein aus dem Gefüge des Reiches genommen
werde, so wäre dies der Anfang vom Ende. Denn unsere
Feinde würden sich unsere Uneinigkeit zunutze machen. Seidte
legte weiter, wenn die Regierung aus dem Rhein nicht frei-
machen will für den nächsten Frontsoldatentag in Koblenz,
dann legen wir diesen Tag nach Hannover (Kürmischer Beil-
fall). Wir fühlen uns als Frontsoldaten, als die künftigen
Reichswehrkämpfer, die ihren Kampf um ein besseres und starkes
Reich hinterlassen wollen.

Keine Forderung des Heblausgesetzes.

Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages beschloß
sich am Mittwoch mit dem kommunistischen Antrag
auf Aufhebung des Anbauverbots der Hybridenrebe. Der
Antrag verwarf seinen Ursprung den Winzerkreisen in der
bayerischen Rheinpfalz. In der Abstimmung wurden alle
Punkte des Antrags abgelehnt, die eine Forderung des Hebl-
ausgesetzes forderten. Dagegen wurde die in dem Antrage
enthaltenen Forderung angenommen, die Niederschlagung der
enthaltenen Forderung gemachten Straßverfahren in die Wege zu
leiten, den mit ihren Familien arbeitenden Winzern die
Steuerschulden zu erlassen und Mittel zur Umstellung der
Hybridrebanpflanzungen auf andere Kulturen bereitzustellen.

Die Polen überschritten die Grenze!

Berlin, 27. Mai. Auch die ausführliche Darstellung, die
im Laufe des Spätnachmittags der halbamtliche Draht über
den Grenzverstoß bei Neuhäfen gegeben hat, bestätigt,
worauf für jeden Kenner der polnischen Psychologie kaum noch
ein Zweifel war, daß die Schuld nicht bei den deutschen Grenz-
wächtern gelegen hat. Es sind keine polnischen Grenzposten,
wie die vorläufige polnische Berichterstattung glauben machen
wollte, über die Grenze geschritten worden, sondern die Polen
haben die Grenze überschritten und vielmehr in der Wochen-
stimmung in dem deutschen Posthäfen sich häuslich ein-
zusetzen versucht. Die Grenzverletzung war also bei den
Polen. Eine von den vielen, die zu Luft und zu Lande dieses
Frühjahr uns schon bedrückt hat. Die Erregung ist hart und
ist allgemein. Sie kommt in der Berliner Presse noch nicht
genug zum Ausdruck, weil man mit Bewußtsein Zurückhaltung
ist, um nicht vorzeitig sich auszugeben. Gewisse Einzelheiten
sind ja auch noch zu klären. Man erwartet in den ostlichen
Teilen außer den bisherigen telegraphischen und fernmünd-
lichen Nachrichten auch noch einen eingehenden schriftlichen
Bericht. Er wird im Laufe des Tages in Berlin sein, und
dann wird man im nächsten Amt sich darüber schlüssig
werden, wie dieser neue Fall weiter zu behandeln sein wird.

Die Pensionierung des Reichspostministers Stöckl.

Berlin, 26. Mai. Aus Kreisen der Reichspostverwaltung
wird in den in einem Teil der Presse erschienenen Behauptun-
gen über die Pensionierung des Reichspostministers Stöckl
mitgeteilt: Dr. Stöckl war, ehe er Reichspostminister wurde,
aktiver Staatssekretär der Postabteilung in München. Als man
ihn aufforderte, Reichspostminister zu werden, hat er, da er
eine feste Stellung gegen eine relativ unsichere eintauschen
wollte, sich verweigert zu lassen, daß ihm nach seiner Ent-
lassung als Minister alle Bezugsrechte verbleiben, die er als
aktiver Staatssekretär hätte geltend machen können. Diese Zu-

sicherung ist ihm von dem damals amtierenden Reichspräsidenten
und dem Reichskanzler schriftlich gegeben worden. Als er
später zum zweiten Male Reichspostminister wurde, haben
zwei nachfolgende Reichskanzler die Abmachungen bestätigt.
Auch der Reichungshof hat sie anerkannt. Der in Rede
stehende Vertrag würde Stöckl auch nach dem neuen Minister-
Personengesetz zustehen. Es handelt sich um eine Summe von
25 000 Mark.

89 000 Stimmen für einen Reichstagsabgeordneten?

Berlin, 27. Mai. Wie der Demokrat für Zeitungsdienst
erfährt, ist im Reichsfinanzministerium ein vorläufiger Referen-
tentwurf für das Ausgabenentlastungsgesetz fertiggestellt.
Der Entwurf wird in der nächsten Zeit vom Kabinett beraten
werden. Er sieht sehr einschneidende Maßnahmen im Hinblick
auf den Behördenabbau und auf beamtenrechtlichem Gebiet
vor. Weiter wird in dem Gesetz auch der Vorschlag gemacht,
die Zahl der Reichstagsabgeordneten zu vermindern, und zwar
soll das geschehen durch eine Herabsetzung des Wahlgebietes.
Das bisherige Wahlgebiet bestimmt, daß auf 60 000 Stimmen ein
Abgeordneter entfällt. Nach dem Vorschlage des Reichs-
finanzministeriums soll erst auf 80 000 Stimmen ein Abgeord-
neter entfallen. Das würde bedeuten, daß nach den Ziffern
der Reichstagswahl vom 20. Mai 1924 der Reichstag nicht 100,
sondern wenn die verplättelten Parteien mitgerechnet werden,
nur 84 Abgeordnete zählen würde. Es würde also eine Er-
parnis von mehr als 100 Abgeordneten bringen.

Zurückgenommener Strafantrag des Reichswehrministeriums gegen die „Rote Fahne“.

Berlin, 26. Mai. Im letzten Jahr wurde die Reichswehr
von einigen Zeitungen, hauptsächlich von der „Rote Fahne“,
mit den Bombenattentaten in Norddeutschland in Verbindung
gebracht. Das Reichswehrministerium hat darauf Strafantrag
gegen die „Rote Fahne“ wegen Beleidigung gestellt. Es kam
auch zu einer Verhandlung, die aber nicht zu Ende geführt
wurde. Die „Rote Fahne“ hat nun dieser Lage eine Erklärung
veröffentlicht, in der sie auf ihre Ausführungen von damals
zurückgeht und sagt, daß sie die Mitteilungen nicht anrecht-
erhalten und sie zurücknehme. Daraufhin hat der Reichswehr-
minister den Strafantrag gegen die „Rote Fahne“ zurück-
gezogen. (Warum so rückfällig? Schriftl.)

Kürst Fleck gebändert.

Das polnische Finanzministerium hat den Befehl des
Fürsten v. Fleck, des Ombudsmann des deutschen Volksbundes,
wegen rückständiger Steuern gebändert. Das Vermögen des
Fürsten liegt fast zusammen aus bedeutenden Industrieanteilen,
großen Land- und Waldbesitz, 10 Bergwerken, 5 Fabriken und
2 Brauereien, aber bei der schlechten wirtschaftlichen Lage
und dem Darniederliegen der Landwirtschaft, besonders im
Osten, waren die hohen Steuern, die in ihrer Auswirkung
einer Drosselung gleichkommen, nicht mehr auszuführen. So
sind seit 1925 Steuernstände von 14 Millionen Reichsmark
entstanden, und in dieser Höhe wurde das Ver-
mögen nunmehr gebändert.

Ausland.

Paris, 27. Mai. Der deutsch-polnische Grenzverstoß
wird an Pariser amtlichen Stellen sehr ruhig beurteilt und
eine baldige Schlichtung vorausgesetzt.

Paris, 26. Mai. Finanzminister Reynaud hat dem ebe-
maligen Generalagenten für die Reparationszahlungen, Parker
Gilbert, in Anwesenheit des Gouverneurs der Bank von Frank-
reich, Koren, die Insignien eines Großoffiziers der Ehren-
legion überreicht.

Aus Stadt und Bezirk.

Sonntagsgedanken.

Der Himmelsweg.

Kur ohne Gott, abgeben von ihm, ist die Ewigkeit das
Ferne, Unendliche, Ungeheure; mit ihm ist die Nähe, End-
liche, Zeitliche. Nur ohne Gott ist die Zeit das Vergängliche,
Gegenwärtige, nur Schranke, nur Demutung Bedeutende.
Mit ihm ist die das Unvergängliche, Gegenwärtige,
Zurückgehen.

Kings um unter Himmelsleiter
toben Liebe, Lob, Daß, Spott;
unter uns Millionen Streiter,
über uns der stille Gott.

Wir erreichen das Ewige nur durch volle Hingabe an das
Endliche. Das Endliche ist Auftrag der Ewigkeit. Dorneifer.
Der Staatspräsident hat den Gerichtsoffizier Dr. Walter
Pfeiffer in Neuenbürg zum Amtsrichter in Letztang
ernannt.

Neuenbürg, 27. Mai. Der Verkehrs-Verein hielt
am vergangenen Freitag eine nahezu vollständig besetzte Aus-
schußung im Gasthaus „Lobten“ ab. Vorsitzender Ge-
meinderat Hr. Deinselmann erläuterte in ausführlicher
Weise die auf der Tagesordnung stehenden wichtigen Punkte
für das Jahr 1930. Es wurde einstimmig beschlossen, dieses
Jahr insoweit der sich immer mehr zuspitzenden unglücklichen
Wirtschaftslage von der Veranstaltung eines Demotages ab-
zusehen, da ein solcher Tag an alle Mitwirkende, sowie auch
an die anderen Vereine große Anforderungen an Zeit, sowie
auch an Geld stelle. Es würde dagegen noch erwägt werden,
dieses Jahr ein kleineres Garten- oder Waldfest, verbunden
mit Konzert zu Ehren der Vereinsmitglieder und Kurzeiten
zu veranstalten. Weiterhin wird sich der Verkehrsverein be-
mühen, um für künftige Demotage und sonstige Veranstal-
tungen einen besseren Festplatz zu gewinnen, in Verhandlungen
mit der Forstdirektion einzutreten zwecks Pachtung der großen

Schloßwiese, die dann auch den anderen Vereinen zur Ver-
fügung gestellt werden könnte. Auch dem schon seit einigen
Jahren bestehenden Plan der Schaffung eines Stadtparkes
wurde nochmals nähergetreten und soll nun verfaßt werden,
ein hierzu geeignetes Gelände zu erwerben. Der Ausschuß
begünstigt lebhaft die Erweiterung und Neuerrichtung des
Zooanbades am Elektrizitätswerkkanal, das in seiner jetzigen
Form infolge seiner unvergleichlichen Lage auf Fremde und
Badergäste einen großen Anziehungspunkt ausüben wird. In
der weiteren Tätigkeit des Verkehrsvereins nimmt die Werbe-
arbeit in größeren Städten des Rheinlandes bis nach Nord-
deutschland einen breiten Raum ein. Ein neuer Prospekt von
Neuenbürg in handlichem Halbblattformat ist zur Herausgabe
gelangt, der in großer Anzahl an Reise- und Verkehrsvereine,
sowie an andere Verkehrsvereine verfaßt wird. Den Mit-
gliedern des Verkehrsvereins wird bei der demnächstigen Ver-
tragsunterzeichnung je ein Exemplar kostenlos zugestellt. Auch die
Frage der geplanten Oberamtsaufstellung wurde zur Dis-
kussion gestellt. Dabei kam zur Sprache, daß für Neuenbürg
eine Unterteilung zu Calw gar nicht in Betracht kommen könnte,
dies uns überhaupt keinen Fortschritt oder Vorteile bringe,
sondern nur Nachteile. Sollte einmal die Aufteilung kommen,
dann müßte zuvor ein Zusammenschluß von Calw und Würt-
temberg vorausgehen und dann käme für Neuenbürg nur die
Zuteilung zu Bismarck in Betracht, schon aus wirtschaftlichen
und verkehrstechnischen Gründen, wie auch der Frage der
zukünftigen Wasserversorgung. Zum Schluß gab der Vor-
sitzende seiner Hoffnung Ausdruck, daß es uns vielleicht schon
im nächsten Jahre wieder möglich sein wird, ein größeres
Demotagefest feiern zu können und dieses Jahr stattfindende
außerordentliche Mitgliederversammlung recht zahlreich besucht
werden möge.

Wetterbericht. Die Wetterlage wird von Teufel
beherrscht. Für Donnerstag und Freitag ist immer noch un-
beständiges, auch zu zeitweiligen Niederschlägen geneigtes Wet-
ter zu erwarten.

Derrenau, 27. Mai. (Kurzt. Dr. Voigt f.) Am Vor-
mittag des letzten Sonntag ist Herr Dr. Voigt, Kurarzt, Kurarzt
und Gemeinderat, einem tödlichen Leiden erlegen. Oberrath
1874 zu Kassel, lebte er bis 1907 hier als Kurarzt und
gehörte seit 4 Jahren dem Gemeinderat an. Als Arzt genoss
er vielerorts volles Vertrauen, und in dem von ihm begrün-
deten Kurheim hat er seitens der Patienten manche warme
Anerkennung gefunden. Seiner Anwesenheit verdanken wir das
Erfordernis des Derrenauer Tagblattes, und oft haben seine
Ansprüche in Angelegenheiten des Kurorts wertvolle Zu-
sätze gegeben. Unablässig tätig im Gemeinderat schenkte
er kein offenes Wort, trat selbstlos für seine Ideen ein und
bewahrte sich ein warmes Herz für alle Anliegen der Ein-
wohnerschaft und ihrer Gatte. Der Gemeinderat ehrte sein
Andenken durch eine Kranzniederlegung an seiner Bahre.

Calw, 26. Mai. Die Invaliden- und Unfallrenten
werden am Samstag den 31. Mai ausbezahlt.

Württemberg.

Stuttgart, 26. Mai. (Bericht über die diesjährigen
Ernte-Aussichten.) Die Zentralvermittlungsstelle des Württ.
Obbauvereins hat durch die Vertrauensmänner im Lande
vortäufige Erhebungen machen lassen und teilt uns darüber
mit: Das gesamte Erntergebnis wird wesentlich hinter dem
vorjährigen zurückbleiben. Die höheren Lagen schneiden durch-
weg besser ab als die Tallagen, die im vorigen Jahr zum Teil
Kulturflächen hatten. Die Zahlen bedeuten: 5 = sehr gut, 4 =
gut, 3 = mittel, 2 = gering, 1 = Mähernte. Die Äpfelerte,
soweit sie sich heute schon überblicken läßt, wird im Durchschnitt
auf 3 = mittel eingeschätzt, der Donautreis kommt auf 3,2,
Schwarzwalddreis auf 2,8, Neckardreis 2,2, Jagstfreis 2,6 und
Hohenallern auf 3,8. Die Birnenernte wird auf 2,2 = gering
eingeschätzt in allen 4 Kreisen. Sehr gut schneiden die Äpfel
ab mit 4,4 = gut bis sehr gut, Neckar- und Schwarzwalddreis
sind hier etwas in Vorhand. Die Beerenernte dürfte durchweg
gut ausfallen, der Durchschnitt ist in den einzelnen Kreisen
auch in den 4 Kreisen gleichmäßig 4,1 = gut. Birne und
Äpfel werden mit 3,1 bewertet, Pfirsich, Aprikosen,
Nektarinen, Mirabellen mit 3,2, Nüssen 3,7, Walnüsse 2,5
und Walddereen mit 3,8. Die ersten Äpfel und Erdbeeren
werden in der ersten Juliwode erwartet. Es ist nicht aus-
geschlossen, daß infolge starken Schälungsabfalls, trotz inten-
siver Bekämpfung, das Gesamtergebnis sich gegenüber der
jetzigen Schätzung noch etwas vermindert, zudem sich immer
noch Nachwirkungen der Frostschäden von dem harten Winter
1928/29 zeigen.

Stuttgart, 27. Mai. (Württ. Weinmarkt.) Der dritte
Markt fand am 26. Mai im Kurhof in Cannstatt statt. Die
Versteigerung war gut besucht und nahm einen betriebligen
Verlauf. Angeboten waren rund 1500 Hl. wormalter 650 Hl.
Weißwein und 850 Hl. Rotwein aus den Jahrgängen 1928 und
1929. Verkauft wurden während und nach der Versteigerung
im ganzen rund 500 Hl. und erlöst für 1928er Weißwein 80
bis 120 Mk., für 1928er und 1929er Rotwein 80-150 Mk. je
Hektoliter. 1928er Weißwein und Rotwein waren wenig
begehr.

Offenhausen, 26. Mai. (Herbverkauf.)
Am Montag fand im Landesgericht Offenhausen ein Herbe-
verkauf statt. Die zahlreichen Kaufliebhaber feierten ein über-
aus erfolgreiches Pferdemarkt, so daß für die zum Verkauf
gekommenen 3 und 4 Jahre alten Pferde 900 bis 1200 Mk.
bezahlt wurden.

Anzeigenspreis:

Die einpolige Zeile
oder deren Raum 25 J.
Reklame-Zeile 80 J.
Kollektiv-Anzeigen 100
Proz. Zuschlag. Briefe
und Anzeigenentwurf
20 J. Bei größeren
Aufträgen Rabatt, der
im Falle des Nachver-
fahrens hinfällig wird,
ebenso wenn Zahlung
nicht innerhalb 8 Tagen
nach Rechnungsdatum
erfolgt. Bei Tarifänderun-
gen treten sofort alle
früher vereinbarten
aufher Kraft.

Gerichtsamt für beide
Teile: Neuenbürg.
Für tel. Nachr. wird keine
Gebühr übernommen.

admittag wurde
ändert: Die An-
naufrückens-
u einer Zeitung
Die Straße als
Dort befindet sich
Verlegung im Ge-

acht zum Sonn-
anbefugter
ten und in ha-
drungen waren,
einte freige-
me und bewun-
feierlich von
mittelbar durch
die ebenfalls die
indem sie pol-
gebäude und die
berzbeamte, der
vollgegebene in
angewiesenen
ändert den
ten hat, in der
ermittlung in Be-
die bisherige
süßen bereits in
polnischer Zeile
um zum unter-
be veranlaßt hat.

Nr. 123.

Deutschland

Berlin, 26. Mai. Bürgermeister Scholl hat nach Über-
nahme der Geschäfte mit seinem Stellvertreter, Herrn Stadtrat
Wundt, die Beschlüsse gegen den Stadtschulrat Kubacki
besprochen und dahin entschieden, daß sofort ein Antrag auf
Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens gegen den
Stadtschulrat Kubacki zur Klärung der gesamten Angelegenheit
dem Oberpräsidenten eingebracht werden soll.

Berlin, 27. Mai. In Berlin finden fast täglich Zusammen-
künfte zwischen rechtsradikalen und kommunistischen Kampf-
verbänden statt.

Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Polizei.

Birmensdorf, 26. Mai. Infolge der erregten Stimmung
über die sonntäglichen Vorfälle hatte sich gestern Abend vor
dem Parteifolke der Kommunisten verbotsmäßig eine größere
Menschenmenge angeammelt, die trotz wiederholter eindring-
licher Aufforderung der Polizeibeamten die Straße nicht frei-
zugeben. Die Polizei sah sich gezwungen, die Straße mit Gewalt
zu räumen, wobei aus der am Eingang des Arbeiterfänger-
heims zurückgebliebenen Menge auf die Polizei von hinten
geschossen wurde. Hierbei erlitten Polizeibeamte Verwundungen.
Außerdem auch aus den umliegenden Häusern auf die
Polizeibeamten geschossen wurde, während die Polizei namentlich
rückwärts unter Anwendung der Schusswaffe die Straßen
dieses Stadtviertels. Dabei wurden 2 Personen, eine durch
Kopfschuß, eine andere durch Anlegenschuß erheblich verletzt
und in ein Krankenhaus eingeliefert. Die verletzten Polizei-
beamten wurden in ihre Wohnungen gebracht.

Stahlbleiung in Hannover.

Hannover, 26. Mai. Im Rahmen der gestern und heute
in Hannover abgehaltenen Landesversammlungen des Stahl-
bleis fand am Sonntag nachmittag in der Stadthalle eine
große Kundgebung statt. Bundesführer Seidte, der bei seinem
Erscheinen zunächst begrüßt wurde, sagte an die Spitze seiner
Ansprüche den Sinnen, daß das Jahr 1930 anstehend
wird sehr demütig werden würde. Er führte weiter aus:
Der Aufbau des Reiches gelte jetzt der Kampf des Stahlbleis,
der das Instrument sein sollte, der Freiheit den Weg zu be-
reiten. Jenseitigkeit und Unzufriedenheit seien auch in Wieder-
hinführung, das nicht von einem roten Berlin regiert werden wolle,
vorhanden. Nicht nur Los von Preußen, sondern alle in
Deutschland gegen Preußen müsse die Lösung sein. Jedoch,
wenn jetzt ein Stein aus dem Gefüge des Reiches genommen
werde, so wäre dies der Anfang vom Ende. Denn unsere
Feinde würden sich unsere Uneinigkeit zunutze machen. Seidte
legte weiter, wenn die Regierung aus dem Rhein nicht frei-
machen will für den nächsten Frontsoldatentag in Koblenz,
dann legen wir diesen Tag nach Hannover (Kürmischer Beil-
fall). Wir fühlen uns als Frontsoldaten, als die künftigen
Reichswehrkämpfer, die ihren Kampf um ein besseres und starkes
Reich hinterlassen wollen.

Keine Forderung des Heblausgesetzes.

Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages beschloß
sich am Mittwoch mit dem kommunistischen Antrag
auf Aufhebung des Anbauverbots der Hybridenrebe. Der
Antrag verwarf seinen Ursprung den Winzerkreisen in der
bayerischen Rheinpfalz. In der Abstimmung wurden alle
Punkte des Antrags abgelehnt, die eine Forderung des Hebl-
ausgesetzes forderten. Dagegen wurde die in dem Antrage
enthaltenen Forderung angenommen, die Niederschlagung der
enthaltenen Forderung gemachten Straßverfahren in die Wege zu
leiten, den mit ihren Familien arbeitenden Winzern die
Steuerschulden zu erlassen und Mittel zur Umstellung der
Hybridrebanpflanzungen auf andere Kulturen bereitzustellen.

Die Polen überschritten die Grenze!

Berlin, 27. Mai. Auch die ausführliche Darstellung, die
im Laufe des Spätnachmittags der halbamtliche Draht über
den Grenzverstoß bei Neuhäfen gegeben hat, bestätigt,
worauf für jeden Kenner der polnischen Psychologie kaum noch
ein Zweifel war, daß die Schuld nicht bei den deutschen Grenz-
wächtern gelegen hat. Es sind keine polnischen Grenzposten,
wie die vorläufige polnische Berichterstattung glauben machen
wollte, über die Grenze geschritten worden, sondern die Polen
haben die Grenze überschritten und vielmehr in der Wochen-
stimmung in dem deutschen Posthäfen sich häuslich ein-
zusetzen versucht. Die Grenzverletzung war also bei den
Polen. Eine von den vielen, die zu Luft und zu Lande dieses
Frühjahr uns schon bedrückt hat. Die Erregung ist hart und
ist allgemein. Sie kommt in der Berliner Presse noch nicht
genug zum Ausdruck, weil man mit Bewußtsein Zurückhaltung
ist, um nicht vorzeitig sich auszugeben. Gewisse Einzelheiten
sind ja auch noch zu klären. Man erwartet in den ostlichen
Teilen außer den bisherigen telegraphischen und fernmünd-
lichen Nachrichten auch noch einen eingehenden schriftlichen
Bericht. Er wird im Laufe des Tages in Berlin sein, und
dann wird man im nächsten Amt sich darüber schlüssig
werden, wie dieser neue Fall weiter zu behandeln sein wird.

Die Pensionierung des Reichspostministers Stöckl.

Berlin, 26. Mai. Aus Kreisen der Reichspostverwaltung
wird in den in einem Teil der Presse erschienenen Behauptun-
gen über die Pensionierung des Reichspostministers Stöckl
mitgeteilt: Dr. Stöckl war, ehe er Reichspostminister wurde,
aktiver Staatssekretär der Postabteilung in München. Als man
ihn aufforderte, Reichspostminister zu werden, hat er, da er
eine feste Stellung gegen eine relativ unsichere eintauschen
wollte, sich verweigert zu lassen, daß ihm nach seiner Ent-
lassung als Minister alle Bezugsrechte verbleiben, die er als
aktiver Staatssekretär hätte geltend machen können. Diese Zu-



beifolgender
Brosche, ganz
ist nicht auf
Zustimmung
weiter
großen, ent-
Zuletzt auf
Aufsicht auf
die Verzicht
die Zeit-
rinnen Dal-
abgetreten
In, die
en mit den
und farbige
immel. In
abdrückung
Autoren
Bilder
sich bezeich-
einstufig
angewandt
als in
der Samm-
anwert, das
die Kurze
weise ein
Der Anst-
eines
runden
überhang
Vorhans
verzweigen
beit.) In
Vertrag
eindringt
sofes Bild
warfen die
stehenden.
22. Mai
auf der
durch Kai-
Dalbedel-
b ist dieser
Verunglück-
Dandante
ausfichten
Strom in
7 leuchtend
Wandiger
auf hatte
auf Auten
schem das
schädelich
Kontra-
umlung
man ein
an Stelle
ieder be-
ur in den
beabsichtigt
t, da nach
tune nicht
auf einem
wohl noch
essel und
al!
ohnmäh-
folg sind,
en Nord-
grinst im
ein bes-
richtbares
Der Höhe
nicht zu
aus, seine
macht ist.
Kranken
e richten
richtbares
h Böhme
Grauen
aber er
nach des
auf ihm.
men und
jer, aber
er richtet
n. Rut-
härter.
nach der
na folgt.

nicht da war. Alle möglichsten Feste sind für jeden Sonntag in ganz kleinen Umkreisen angeordnet. Es ist im Frühling schon so weit gekommen, daß zwei Schützenvereine auf benachbarten Orten, die einen gemeinsamen Schießplatz haben, jeder für sich ein Fest ausrichten wollen. Nach der allgemeinen Geldknappheit zu urteilen, dürfte kaum ein Wettbewerb für so viele Feste bestehen.

Verurteilte Betrüger. Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte den Bankier Kuntz wegen verübten Betrugs in 2 Fällen anstelle von 2 Monaten Gefängnis zu 3000 Mark Geldstrafe und den Kaufmann Salomon Dunkelblum wegen Selbstmordes anstelle von einem Monat Gefängnis zu 6000 Mark Geldstrafe.

Das Großfeuer in Stralau-Kummelsburg. Das Großfeuer auf dem Werkstückgelände am Markgrafenkanal nahe dem Bahnhof Stralau-Kummelsburg an der Obersee kam um 12 Uhr wahrscheinlich infolge der Explosion eines Geschosses in einem Schuppen aus, in dem sich Vorräte eines Pulvermagazins und einer Pulverfabrik befanden und auch Zäpfchen und Benzolantennenspeicher waren. Der Brand ergriff alsbald ein Terrain von über 1000 Quadratmeter. Glühendrohe hatte der donnerähnliche Knall, mit dem das Feuer plötzlich zum Ausbruch kam, die Arbeiter auf dem ganzen Gelände rechtzeitig alarmiert, so daß sie unverzüglich zusammenliefen. Bei den Abkühlungs- und Aufräumungsarbeiten, zu denen 15 Ränge der Feuerwehrt und 4 Feuerlöschabte beauftragt waren, wurden ein Brandweiser und ein Oberfeuerwehrtmännchen verletzt. Auf dem brennenden Gelände waren außer den genannten Schuppen und Werkstätten vier Zehnjahreshäuser, von denen eines die Verwaltungsbüro und Amtsstube des Eisenbahnwerkstättenbetriebes Berlin A-B, die anderen Wohnräume enthielten. Mit dem Oberbranddirektor weichte ein Polizeivizepräsident Jürgel an der Brandstätte.

Konflikte über die ihm gestellten Aufgaben. In dem kürzlich im Berichtsjahr übergebenen, Broden seines Rücktritts zu geben. Danach löste die ihm gestellten Aufgaben mit einer verlässlichen Sicherheit. Es waren ihm 5 Aufgaben gestellt worden, von denen er aber nur 1 zu lösen brauchte, so daß die fünfte verzichtet wurde. Danach hatte einen verlässlichen Gegenstand zu suchen, aus Schriftproben eine Charakterisierung des Schreibers zu geben, ferner aus der Angabe von Datum, Ort und Zeit eines Ereignisses dieses zu schildern, schließlich sollte er aus einem ihm in die Hand gedrückten Gegenstand das Schicksal des Besitzers schildern. Die Lösung sämtlicher Aufgaben rief förmliche Ovationen hervor, so daß der Vorgesetzte mit der Ernennung des Saales drohte. Da danach von dem Experiment völlig erschöpft war, wurde die weitere Verhandlung auf heute vertagt.

Kann A. 100 nach Kanada fliegen? „Morningpost“ wagt in Anbetracht der Beschädigung des britischen Luftschiffs A. 100 bei seinem letzten 24-Stunden-Flug die Frage auf, ob das Luftschiff wirklich imstande sei, den geplanten Flug nach Kanada und zurück auszuführen. Das Blatt betont, daß das Luftschiff bisher auf jedem Flug einen Schaden davongetragen habe und schlägt vor, daß bevor ein Flug von mindestens 7000 Meilen unternommen wird, weitere Probeflüge in England gemacht werden, da das Luftschiff noch gar keine Erfahrungen bei schlechtem Wetter gemacht habe.

Konflikte im Parlament. Die norwegische Gesellschaft der Eisenbahnen in Oslo hielt am Freitag eine Sitzung ab, in der das Testament von Frithjof Nansen geöffnet wurde. Er hat den dritten Teil seines Vermögens dem Nansen-Fonds geschenkt, ungefähr 100000 Kronen. Dieser Fonds weist jetzt über 6 Millionen Kronen auf. Er wird von der Akademie der Wissenschaften in Oslo verwaltet. In der Sitzung wurde weiter mitgeteilt, daß Nansen den Betrag des Nobelpreises und einen gleich hohen Betrag, den er von einem dänischen König erhalten hat, ebenfalls diesem Fonds für humanitäre Zwecke geschenkt hat.

Ein Dampfer verbrannt. Der auf der Vulkan-Werft in Berlin gebaute 1080 Tonnen große Dampfer „City of Honolulu“, der der Steamship Co. in Los Angeles gehört, ist ein Brand der Flammen geworden. Das Großfeuer brach in den Vorkamern aus, als das Schiff im Hafen von Honolulu vor Anker lag. Sämtliche Passagiere und die Besatzung sind unverletzt geblieben. Das Schiff ist offenbar verloren.

Eine Gerichtsentcheidung in der Prohibitionsfrage. Der Oberste Gerichtshof in Washington fällt die Entscheidung, daß der Kauf von Alkohol nicht unter Strafverfahren verurteilt werden könne. Die Prohibitionsbehörden verurteilten seit einiger Zeit, auch die Bekräftigung der Käufer zu erzwängen mit der Begründung, daß die Käufer mit den sogenannten „Bootleggers“, den Alkoholschmugglern, eine Verschwörung bildeten, hatten jedoch in den Untersuchungen damit keinen Erfolg.

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Stuttgart, 27. Mai. (Schlachtviehmarkt.) Dem Dienstagmarkt am Markt, Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 33 Ochsen, 32 Bullen, 330 (unverk. 40) Jungbullen, 356 (6) Junglinder, 230 Kühe, 1144 (20) Kälber, 1836 (100) Schweine, 1 Kuhlein. Erlös aus je 3r. Lebendgewicht: Ochsen a 53-55 (letzter Markt -), d 47-51 (-), Bullen a 50-52 (-), b 48-49 (-), Junglinder a 55-58 (-), d 49-53 (-), c 46-48 (-), Kühe a 41-47 (-), b 32-39 (-), c 25-31 (-), d 18-23 (-), Kälber b 84-87 (82-85), c 73-82 (72-80), d 62-70 (61-69), Schweine a fette über 300 Pfd. 62-64 (60-62), b vollfleischige von 240-300 Pfd. 64-66 (60-63), c von 200-240 Pfd. 65-68 (63-64), d von 160-200 Pfd. 64-66 (63-64), e fette von 120-160 Pfd. 62-64 (-), Sauen 48-54 (46-52) Mark. Markterlöse: Großvieh und Kälber mäßig belebt, Schweine mäßig, fette Schweine vernachlässigt. Nächster Markt Dienstag 3. Juni. **Breslau, 26. Mai. (Schlachtviehmarkt.)** Aufgetrieben waren 26 Ochsen, und zwar 7 Ochsen, 14 Kühe, 48 Kälber, 20 Ferkel, 58 Kälber, 351 Schweine. Markterlöse: mäßig belebt. Ueberstand: 2 Stück Großvieh, 3 Kälber, 3 Schweine. Preise für ein Pfund Lebendgewicht: Ochsen a 52-54, b 48-52, Ferkel a 52, b und c 48-48, Kälber b und c 40-25; Kälber a 54-57, b 51-53; Kälber 48-58, c 77-82; Schweine b, c und d 67-69.

Die Preise gelten für nichtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spezen des Handels ab. Stall für Frucht, Markt- und Verkaufsfosten, Umschlagsteuer sowie den natürlichen Verfallverlust ein, müssen sich also wesentlich über den Marktpreis erheben.

Karlruhe, 26. Mai. Zufuhr 1547 Stück und zwar: 21 Ochsen, 2 Bullen, 129 Ferkel, 104 Kälber, 1257 Schweine. Preis den letzten Lebendgewicht in Mark: Ochsen 44-56, Bullen 44-51, Kühe 16-34, Ferkel 45-59, Kälber 60-82, Schweine 64-71, Sauen 43-50. Bestes Vieh wurde über Markt bezahlt. Verkauf des Marktes: Bei Großvieh langsam, Ueberstand (und Schweinen), bei Kälbern langsam, geräumt. Der nächste Großviehmarkt findet Sonntag den 30. Mai, von 13 bis 15 Uhr, statt.

Die Preise gelten für nichtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spezen des Handels ab. Stall für Frucht, Markt- und Verkaufsfosten, Umschlagsteuer sowie den natürlichen Verfallverlust ein, müssen sich also wesentlich über den Marktpreis erheben.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 27. Mai. In der heutigen Sitzung des Finanzausschusses berichtete Abg. Bod (3.) über die vom Justizministerium be-

tragte Erstellung eines Druckereigebäudes beim Landesgefängnis in Heilbronn. Der Bau sei aus Raumangel und wegen der Feuergefahrlichkeit der jetzigen Räumlichkeiten notwendig. Die Kosten betragen 60000 Mark. Min.-Rat Roth weist die Notwendigkeit des Neubaus nach. Die Druckerei stelle unübersichtliche Formulare und dergleichen für die Justizverwaltung her. Soz. Redner sind für die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in den Gefängnissen und im vorliegenden Fall die Entscheidung der Regierungsparteien zuständig. Auf Antrag des Berichterstatters wurde die Abstimmung zurückgestellt und das Justizministerium ersucht, dem Finanzausschuss weitere Unterlagen, Pläne usw. vorzulegen. Für die Errichtung des Turmplozes beim Lehrerseminar in Heilbronn sind im Etat 1929 7000 Mark veranschlagt. Auf Antrag des Abg. Köhner (DB.) wird beschlossen, gegen eine Ueberwälzung des Planjahres um 1000 Mark keine Einwendung zu erheben. Regierungsrat Schiller vom Wirtschaftsministerium gab Erläuterungen über die Durchführung des 1928 erlassenen Gesetzes über die staatliche Bürgschaft bei Ausfuhrgeheimnissen nach Ausland. Württemberg übernimmt die Bürgschaft bis zu 25 Prozent, das Reich bis zu 35 Prozent der Forderung der Exportfirma. Der Finanzausschuss stimmt dieser Regelung zu. Landtagspräsident Pfleger unterrichtet den Finanzausschuss noch von seiner Absicht, den Landtag ab 1. Juli zu einer kürzeren Tagung einzuberufen.

Zweibrücken, 27. Mai. Vergangene Nacht ist der Rest der hiesigen französischen Garnison, bis auf ein Abwärtungskommando der Gendarmen in Gefangenschaft von etwa 30 Mann obgerückt. Im Laufe des gestrigen Nachmittags war der Oberbefehlshaber der Rheinarmee, General Gaillozat, in Begleitung eines höheren Offiziers aus Landau hier, um nochmals eine Besichtigung vorzunehmen.

Düsseldorf, 27. Mai. In dem Ermittlungsverfahren gegen den mutmaßlichen Mörder des Ritters hat der Gerichtsarzt Prof. Dr. Berg-Guland über die Fälle Aldermann und Hahn erstattet, aus denen die Täterschaft Ritters in diesen beiden Fällen herorgeht. Insbesondere beschäftigt sich das Gutachten mit der Schere, mit der die beiden ermordet wurden. Von zwei in der Wohnung des Ritters beschlagnahmten Scheren, die von ihm selbst als keine in mehreren Fällen gebrauchten Mordwerkzeuge bezeichnet wurden, hat Ritters zweifellos mit der größeren in den Fällen Hahn und Aldermann den Mord ausgeführt, da die Schere dieser Schere genau in die Schädelschläge paßt.

Wilmers, 27. Mai. In der vom Reichsinnenminister für Mittwoch zusammenberufenen Konferenz der Innenminister der Länder wird Dr. Frick, der thüringische Innenminister, nicht teilnehmen. Es fahren nach Berlin Staatsminister Baum, Ministerialrat Dr. Thiermer und Ministerialrat Gupel, der Leiter der thüringischen Landespolizei.

Wetzlar, 27. Mai. Heute vormittag ist beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich der Klageantrag des Reichsinnenministers Wirth gegen den thüringischen Staat, vertreten durch das Thüringer Kultusministerium, eingelaufen.

Berlin, 28. Mai. Im Zusammenhang mit den Verhandlungen des Ritters ist gestern vormittag ein Arbeitskollege von ihm mit Namen Reuter verhaftet worden. Er steht im Verdacht, dem Ritter die Opfer auszuliefern zu haben. Bekanntlich hat auch ein anderer Mann am 14. Mai die Hausangestellte nachts zum Volkspark geführt, wo dann plötzlich Ritter auf den Plan trat, die Hausangestellte mit in seine Wohnung nahm und später vergewaltigte.

Berlin, 27. Mai. „Der Stahlhelm“, das Organ des Bundes der Frontsoldaten, hat in Erwiderung der Ausführungen des Reichsinnenministers Dr. Wirth im Haushaltsausschuß des Reichstages über das Verbot des Stahlhelms in Rheinland-Westfalen die Frage aufgeworfen, ob etwa ein Geheimabkommen mit Frankreich über den Erlaß eines derartigen Verbotes existiert. Wie wir von unrichtiger Seite erfahren, besteht selbstverständlich kein derartiges Geheimabkommen.

Berlin, 27. Mai. Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages verlängerte die Geltungsdauer der Verordnung über den Verordnungsabzug von Inlandszinsen um einen Monat. Die Verordnung, wonach beim Wechseln mindestens 50 v. H. Inlandszinsen vermahnen werden müssen, gilt nunmehr bis Ende Juni.

Berlin, 27. Mai. Der Strafsenatsausschuß des Reichstages erledigte am Dienstag den Abschluß über die Störung des religiösen Friedens und der Sitten, sowie die Beschimpfung von Religionsgesellschaften. Die Bestimmung über die Beschimpfung von Religionsgesellschaften wurde folgendermaßen gefaßt: Wer öffentlich eine im Reich bestehende Religionsgesellschaft des öffentlichen Rechtes in gemeiner Weise beschimpft, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft. Die Tat wird auf Verlangen der beteiligten Religionsgesellschaft verfolgt. Diese Formulierung wurde mit 15 Stimmen der Sozialdemokraten, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten, der Abgeordneten Frau Müller-Dittsch (Dnl.) und des Abgeordneten Colloredo (Wirtsch. Partei) gegen die übrigen Stimmen angenommen.

Berlin, 27. Mai. Der Reichstag holte heute die Abstimmungen zum Etat des Reichspostministeriums nach. Der Etat wurde nach den Vorschlägen des Ausschusses angenommen. Gleichfalls angenommen wurde der Gesetzentwurf über die Welpostvereinsverträge in allen drei Lesungen. Umrahmt wurden diese Abstimmungen von der Debatte zur zweiten Lesung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums, die in die Vertretung des erkrankten Reichswirtschaftsministers Dr. Dietrich der Staatssekretäre Dr. Trendelenburg einleitete. Gegen 7, 8 Uhr brach das Haus die Beratung ab und vertagte sich auf Mittwoch 28. Mai.

Witten, 27. Mai. Die 37jährige Jutta v. Welle wurde nach einem Familienstreit von ihrem jüngeren Bruder Kurt im Hofe niedergeschlagen und darauf mit einer Drahtschleife erstickt. Der Tatbestand ist noch nicht genau geklärt. Der Täter wurde nach einem obergerichtlichen Nachforschungs verhoft.

Breslau, 27. Mai. Die Grube Gewerkschaft Konsolidierte Wenzelsgrube Mülke, Kreis Neustadt, die seit längerer Zeit in Besitz des Elektrizitätswerkes Schlesien übergegangen ist, soll vollkommen stillgelegt werden. Der Antrag auf Stilllegung ist - zunächst für einen Teil der Belegschaft - beim Regierungspräsidenten in Breslau bereits gestellt. Es werden in den nächsten Tagen etwa 900 Arbeiter entlassen. Der Rest von ungefähr 1800 soll, wie es heißt, in kurzer Zeit folgen. Der Schlichter für den Bezirk Schlesien hat die Parteien zu einer gemeinsamen Aussprache für Mittwoch, 28. Mai, geladen.

Hirschberg, 27. Mai. Graf Christian Friedrich zu Stolberg-Wernigerode auf Sannowitz, der im Dezember vergangenen Jahres in der Verurteilungsverhandlung in Hirschberg wegen jahrelanger Lösung seines Vaters, des Grafen Eberhard, zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden war, hat sich mit Anna-Ple, Gräfin v. Rothkirch und Traub in Panthenau, verlobt.

Paris, 27. Mai. Wie Haas aus Hamel berichtet, hat die in Andoigna eingesetzte Kommission 87 weitere Fälle abgeurteilt. Die an den Aufflandsbewegungen beteiligten Personen wurden zum Tode, eine zu lebenslänglicher Haft, 28 zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, 38 zur Deportation, sechs zu zeitlich befristeter Zwangsarbeit, vier zu längerer Freiheitsstrafe verurteilt. In zwei Fällen wurde auf Freispruch erkannt. Vier der zum Tode Verurteilten sind bereits wegen der Hen-Dan-Märe zu gleichen Strafe verurteilt gewesen.

London, 27. Mai. Einen eigenartigen Unfall erlitt ein Gastwirt im Dorf Coughton (Essex). Ein unbedacht gewordener Benzolbehälter auf dem Hofe des Ortes gelegenen Flaggel hatte das Wasser eines durch das Dorf fließenden Baches verunreinigt. Während eines Sturms schlug nun getrennt der Wind in den Bach und setzte das Benzol in Brand. Der Gastwirt, der sich gerade auf einer Holzbrücke über dem Wasser befand, sah sich plötzlich von allen Seiten von Flammen umgeben. Er konnte sich zwar retten und seine brennenden Kleider löschen, erlitt aber erhebliche Brandwunden im Gesicht und an den Händen.

New York, 27. Mai. Wie Associated Press aus Pernambuco berichtet, fanden zu Ehren der Offiziere und Fahrgäste des „Cruz Zeppelin“ eine Reihe von gesellschaftlichen Veranstaltungen statt. Etwa 100 Personen nahmen an einem von den höchsten Stadtbeamten veranstalteten Frühstück teil. Im Deutschen Club fand ein Gartenfest zu Ehren der Offiziere statt, bei dem die einheimischen Gesellschaften stark vertreten waren. Der deutsche Konsul überreichte bei dieser Gelegenheit eine silberne Denkmünze, die zur Erinnerung an den Besuch des Luftschiffes geprägt wurde.

Angora, 27. Mai. Der deutsch-türkische Handels- und Schiffahrtvertrag ist heute abgeschlossen.

Ludnow, 27. Mai. Im Geschäftsverlet der Stadt kam es zu einem Zusammenstoß zwischen einer großen von Handfeuerwaffen geführten Volksmenge und der von Militär unterstützten Polizei. Nachdem die Streikabteilungen zurückgezogen worden waren, griff die wütende Volksmenge eine Polizeiwache an, die auf die Anführer der 14 Polizeibeamte in das Krankenhaus gebracht werden. Die Behörde hat den kleinen Belagerungszustand verhängt.

Geheimrat Brudmann weist französische Vorwürfe zurück. Stuttgart, 27. Mai. In der Pariser Zeitung „L'ami du peuple“ sind heftige Angriffe gegen die Deutsche Werkbund-Ausstellung erschienen, die jetzt in Paris gezeigt wird. Dazu gibt der erste Vorsitzende des Deutschen Werkbundes, Geheimrat Dr. Peter Brudmann, Heilbronn, folgende Erklärung ab: Zu den Nachrichten aus Paris über die Deutsche Werkbundausstellung ist zu sagen, daß die gesamte Pariser Presse diese Veranstaltung im höchsten Maße anerkannt hat. Nur das „L'ami du peuple“ hat groteske, geradezu lächerliche Vorwürfe aus diesem Anlaß gegen Deutschland gerichtet. Diese Vorwürfe sind vollständig aus der Luft gegriffen. Kein Wort davon ist wahr. Die Deutsche Werkbundausstellung unter der Leitung von Professor Gropius ist ein kultureller Erfolg für Deutschland.

Näherung von Ludwigshafen. Ludwigshafen, 27. Mai. Die Stadt ist heute abend von dem Hauptteil der französischen Besatzungstruppen geräumt worden. Um 11 Uhr nachmittags wurden die letzten Wachtposten auf der Rheinbrücke eingezogen. Gegen 15 Uhr abends wurde die Tricolore auf dem Brückenhaus am Rheinbrückenaufgang in Ludwigshafen unter den Klängen der Marseillaise eingeholt, während eine Militärabteilung salutierte. Um 16 Uhr marschierte die ganze Besatzung nach dem Bahnhof, wo der Transport um 19 Uhr nach Frankfurt abging. In der Stadt blieb ein Abwärtungskommando von 20 Mann, das am 20. Juni abziehen wird. Demobilisiert die Nachricht von dem Abmarsch des Hauptteils der Besatzung im Laufe des Nachmittags mit Windeseile durch die Stadt verbreitet hatte und von allen mit großer Freude aufgenommen worden war, hatten sich nur wenige Zuschauer am Brückenhaus beim Einholen der Flagge und am Bahnhof bei der Abfahrt der Truppen eingefunden.

Doch noch das Kataster? Berlin, 27. Mai. In einer vierstündigen Sitzung hat sich das Reichsamt heute, wie angekündigt, mit der Frage beschäftigt, wie das Defizit in Höhe von 737 Millionen Mark gedeckt werden soll. Es war in Aussicht gestellt worden, daß die Regierung bereits heute mit entscheidenden Beschlüssen hervortreten werde. Diese Erwartung hat sich, obwohl die Zeit drängt, leider nicht erfüllt. Die Verhandlungen in der Reichskanzlei sind über einen einseitigen Meinungsaustausch noch nicht hinausgekommen. Man hat sich die Vorschläge des Kanzlers und des Reichsfinanzministers angehört und in einer anschließenden Diskussion eine Reihe weiterer Vorschläge besprochen. Die verschiedenen Projekte, die zur Debatte standen, sind hier bereits ausgeführt worden. Im Vordergrund steht die Beitragserhöhung um 1 Prozent, die man der Wirtschaft durch Reformen nicht nur der Arbeitslosenversicherung, sondern auch in der Krankenversicherung schmachtlos machen will. Weiter ist erwogen eine Erhöhung der Zigarettensteuer, eine weitere Derauffassung der Biersteuer, die Steigerung der Umsatzsteuer um 1 Prozent. Außerdem steht ein dormaliger Verkauf von Industriobligationen in Höhe von 100 bis 150 Millionen Mark zur Diskussion. Das ist so unangenehm für die Nummernansätze, aus der das Kabinett sein neues Deckungsprogramm bilden will. Eine der einschneidendsten Maßnahmen verhängt sich aber hinter dem harmlos klingenden Titel eines „Katasters“. Es läßt sich nämlich nicht verkennen, daß nicht nur innerhalb der Fraktionen, sondern sogar auch in der Regierung Brüning selbst sich die Tendenz verhält, in irgend einer Form eine Kürzung der Beamtengehälter - und in diesem Zusammenhang auch der Pensionäre - vorzunehmen und damit die Gefühle der Beamten geistert werden, sämtliche Arbeitsbedenken in die Aktion einzubringen. Ob das in Gestalt eines etwa zehnprozentigen Zuschlages der Lohnsteuer unter Festlegung einer unteren Grenze geschehen wird, oder ob man einen anderen Weg wählt, steht noch dahin. Vorherrschend ist die Aufgabe der Ressorts sein, die einzelnen Vorschläge auszuarbeiten. Man nimmt an, daß die verschiedenen Deckungsentwürfe bis Anfang nächster Woche fertiggestellt sind. Am Grund der Gesamtheit des Prozesses will das Kabinett kein seine schwerwiegende Entscheidung treffen und sie den Führern der Regierungsparteien mitteilen. Uebrigens hat Dr. Kolbenauer herausgefunden, daß der Fehlbetrag aus dem Haushaltsjahr 1929 sich um 30 Millionen geringer hält, als man im Finanzministerium angenommen hatte. Diese freilich verhältnismäßig kleine Summe würde also noch auf die Rückseite des Etats für 1929 gebucht werden können. Im Reichstag wurde verschiedentlich die Auffassung vertreten, ob es überhaupt zweckmäßig sei, schon jetzt an die volle Deckung des Defizits heranzugehen, das infolge in einen durchaus variablen Faktor beruht, als es sich um die Ergebnisse von nur wenigen Monaten läuft. Der frühere Finanzminister Dr. Meißner hat darauf hingewiesen, daß im Herbst die Situation sich vielleicht beträchtlich anders darstellen würde, als heute, da man zu einer sehr pessimistischen Beurteilung der weiteren wirtschaftlichen Lage geneigt ist. Auch im Reichsfinanzministerium ist man vorübergehend wohl ähnlichen Gedankengängen nachgegangen, wobei die Erwägung eine Rolle gespielt haben mag, daß hochgelagerte Steuern mitunter Winderträge statt der erwarteten Mehreinnahmen bringen. Im Reichskabinett ist man nunmehr zu der Auffassung gekommen, und zwar einstimmig, den „sofortigen Ausgleich der Fehlbeträge“ vorzunehmen.

Polnischer Schritt in Berlin. Berlin, 27. Mai. Der polnische Gesandte in Berlin ist gestern abend in der ersten Stunde im Auswärtigen Amt erschienen, wo er um diese späte Abendstunde nicht mehr den Staatssekretär v. Schubert selbst, sondern lediglich den diensttuenden leitenden Beamten antraf. Er teilte diesem einen Protest der polnischen Regierung wegen des Grenzzwischenfalls mit und forderte im Namen seiner Regierung die Einsetzung einer gemischten Untersuchungskommission, Freigabe des inzwischen verhafteten polnischen Grenzbeamten und des zweiten noch in Haft gehaltenen Beamten sowie eine Entschädigung. Von deutscher Seite wurden diese Forderungen sofort juristisch erwogen, da sich der Zwischenfall auf deutscher Seite abgespielt hat und deshalb in jedem Falle eine Verletzung der Grenze durch die polnischen Beamten vorliegt.

Berlin, 27. Mai. Der „Vorwärts“, der in guten Beziehungen zum preussischen Ministerpräsidenten steht, veröffentlicht jetzt einen genauen Bericht über den Feuerkampf in Kiew. Aus diesem Bericht geht, wie schon gemeldet, einwandfrei hervor, daß die Polen sich einer schweren Grenzverletzung schuldig gemacht haben.

Gesangbücher



